

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Energiewende sozial gestalten

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative mit folgenden Zielen zu ergreifen,

1. ein verbindliches Verbot von Stromsperrern für Privatkunden zu erwirken, die nachweislich aufgelaufene Rechnungen und hohe Nachzahlungen aus eigener Kraft nicht aufbringen können.
2. eine staatliche Strompreisaufsicht wieder einzuführen. Dieser Aufsicht ist ein Beirat mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbraucher-, Umwelt- und Sozialverbänden zur Seite zu stellen.
3. die Befreiung von Industriekunden durch die „Besondere Ausgleichsregelung“ nach § 40 ff. des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf ihren ursprünglichen Zweck - den Schutz der Wettbewerbsfähigkeit besonders stromintensiver Unternehmen - zurückzuführen. Dazu soll das 2004 gestrichene Kriterium der Handelsintensität wieder eingeführt werden und das Kriterium der Energieintensität angehoben werden. Diese Befreiungen sind künftig auf die energieintensiven Produktionsprozesse zu begrenzen, statt wie bisher das gesamte Unternehmen zu privilegieren.
4. eine kurzfristige Senkung der Stromsteuer für private Haushalte zu erreichen, die den Strompreisanstieg aus der Erhöhung der EEG-Umlage kompensiert. Langfristig soll die Stromsteuer gänzlich gestrichen werden.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Die EU-Kommission schätzt ein, dass in entwickelten Volkswirtschaften das Individuum von der Gesellschaft abgeschnitten ist, wenn es keinen Zugang zu Strom hat. Eine angemessene Energieversorgung ist deshalb ein Schlüsselement für die erfolgreiche Teilhabe des Bürgers am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben.

Die Strompreise sind seit dem Jahr 2007 um mehr als ein Viertel - um 5,4 Cent - auf heute 26 Cent pro Kilowattstunde im Bundesdurchschnitt gestiegen. In der gegenwärtigen Diskussion über die steigenden Strompreise wird vorwiegend darauf abgestellt, dass der wachsende Anteil der erneuerbaren Energien und ein damit verbundener Anstieg der EEG-Umlage ursächlich für den Preisanstieg sei. Der deutliche Preisanstieg ist jedoch keine unmittelbare Folge des Ausbaus erneuerbarer Energien - die EEG-Umlage stieg im gleichen Zeitraum nur um 2,6 Cent. Die Kosten der Energiewende sind extrem ungleich verteilt - die Hauptlast tragen die Privatkunden, während die Industrie von zahlreichen Sonderregelungen profitiert.